

NACH EINEM JAHR HARRISBURG

5 Ein Jahr nach dem Reaktorunfall in Harrisburg zieht die öffentliche wie die alternative Presse Bilanz, wie es mit der Bewältigung der Risiken der Kernenergie bei uns steht.

Angesichts dessen, daß in unserem Land kein Jota am Atomprogramm geändert wurde und sich die ersten Bundesländer für die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernelemente melden, träumt die taz einer vertanen Chance nach:

10 “Schon damals, aber erst recht auch angesichts der Situation, die heute schlechter denn je erscheint, ist in vielen Köpfen der, meist nur im Verborgenen geäußerte, sofort wieder zurückgenommene Wunsch, Gedanke: Wäre es in Harrisburg zum Super-GAU gekommen, wäre der Kampf gegen die verbrecherische Atomindustrie vielleicht schon gewonnen.” (28.3.1980)

15 Die Süddeutsche Zeitung resümiert die Erfolge von Politikern und Öffentlichkeit beim Ausnutzen der Chance Harrisburg:

20 “Es konnte bis heute nicht die triviale Tatsache verständlich gemacht werden, daß jedes technische Verfahren ein Risiko in sich birgt... Daß bisher noch kein Menschenleben der friedlichen Nutzung der Atomenergie zum Opfer fiel, bestätigen die Sicherheitsberechnungen der Ingenieure, doch es ist so sicher wie die 100.000 Lungenkrebstote durch Tabakgenuß pro Jahr, daß die 400 Millionen Dollar (!), die Harrisburg insgesamt kosten wird, preiswert sind gegenüber den Opfern, die die Kernkraft noch kosten wird.” (17.4.1980)

Gezielte Wahrheiten für die Betroffenen

25 Die in der Bekanntmachung des “Problems” bereits durchgeführte Agitation verdankt sich einem Verfahren, das von den deutschen Politikern vor- und von ihren freiberuflichen Komplizen nachgemacht wurde, nach Jahren gezielten Schweigens dem Volk gezielte Wahrheiten zu präsentieren, d.h. die “Skandale” zu melden in der Sicherheit, daß aus ihnen keine werden. Die Sorge, daß solche Nachrichten bei den Betroffenen “Angst” und fehlendes Vertrauen in die Krisenmanager bewirken könnten, existiert offenbar nicht mehr. Während also die Linken seit Harrisburg nichts dazugelernt haben, wird der Unfall von den an der Kernkraft Interessierten nicht nur zum Paradedfall erklärt, der dazu beigetragen hätte, “die Sicherheit dieser Technik zu verbessern”, sondern auch zum geeigneten Anlaß, das Bewußtsein der Bevölkerung für die unvermeidlichen Gefahren der Technik zu schärfen. Zu den täglichen Meldungen, mit denen ein moderner Zeitungsleser verköstigt wird, gehören mittlerweile die 5-7 cm langen Artikel auf den Seiten 2 ff., die ihn davon in Kenntnis setzen, an welchen vorgesehenen Stellen überraschend Radioaktivität “freigeworden” ist, und stets mit derselben amtlichen Stereotype abschließen: “Es bestehe jedoch keine Gefahr für die Umgebung”.

40 “Die vorgeschriebenen Grenzwerte wurden nur kurzfristig überschritten.” - “Der Betrieb konnte nach drei Stunden wieder aufgenommen werden.” - “Die Anlage wird ohnehin in zwei Wochen überholt.” usw.

Was vor dem GAU auf Three-Miles-Island in den Verdacht einer Reaktorpanne gekommen wäre, kann inzwischen als Normalbetrieb vorstellig gemacht werden. Wenn bei den Atomkraftwerken nicht dauernd massenhaft Radioaktivität an “unvorhergesehenen” Stellen entweichen würde, man müßte die Meldungen erfinden, so dienlich sind sie inzwischen, dem Bürger ein Bewußtsein von den richtigen Relationen in der Welt zu vermitteln.

Eine Enthüllung in der Presse ist heutzutage nicht mehr skandalträchtig (es sei denn, das KKW steht in der DDR), sondern erledigt jedes weitere Aufheben wegen dieser Geschichte. Mit den Alltag gewordenen Meldungen, daß Atomkraftwerke neben ihrem regelmäßigen output an Strahlung auch noch einigermaßen unzuverlässig sind, wird so recht elegant das Problem gelöst, daß die Menschheit überrascht sein könnte von dem, was ihr zugedacht ist. Endlich kann man auch dem Laien unter der Rubrik “Forschung, Wissenschaft, Technik” in seiner Zeitung eine Ahnung von den Schwierigkeiten vermitteln, mit denen sich die Fachleute herumschlagen, die

“offen über die Probleme und Risiken der Atomenergie sprechen, ohne sie allerdings (wie notorische Querulanten) grundsätzlich in Frage stellen zu wollen.” (SZ, 17.4.80)

“Es hat seine Vorteile, daß in der Bundesrepublik bereits die ersten Kernkraftwerke verschrottet werden... Solche Risse (im Reaktordruckbehälter, die bis zu einem Drittel der Wandstärke tief sind) hätten zur Katastrophe führen können, wenn die Anlage in Gundremmingen - irreparabel - kaputtgegangen wäre.” (SZ, 27.3.80)

Kraftwerksruinen, die das Ergebnis einer langjährigen vorausschauenden Energiepolitik sind, bieten zuerst einmal die faszinierende “Möglichkeit”, “Erfahrungen” beim Abbruch, bei der kontrollierten Freisetzung des verstrahlten Inneren, zu sammeln. Auch nach ihrer Stilllegung bleiben Atomkraftwerke, was sie von Anfang an sind: Experimentieranlagen, über die zuletzt noch ganz beiläufig festgestellt wird, wie weit die Techniker mit ihren wissenschaftlichen Daumenpeilungen von einem Unfall entfernt waren.

Fürs einfache Volk wurde die Sache mit der Sicherheit mittels anschaulicher Vergleiche weiter popularisiert. Weil irgendjemand irgendwann einmal radioaktive Kacheln aus Italien entdeckt hat, ist es inzwischen wesentlich gefährlicher, in sein eigenes Bad zu gehen als an die frische Luft, was ja bekanntlich schon lange risikoreicher als die Nachbarschaft von einem Atomkraftwerk ist. Eine englische Studie gelangt zu der Spitzenleistung, daß jemand, der aufgrund eines Kernkraftwerkes in seiner Nachbarschaft umzieht und jetzt eine um 500 m längere Autofahrt zur Arbeit zurücklegen muß, “wahrscheinlicher” zu Tode kommt, als wenn er bei seinem strahlenden Nachbarn wohnen bliebe.

Mit solchen Vergleichen, in denen die Kernkraft so gut wegkommt, weil ja nur alle 1700 Jahre (an den berühmten Super-GAU bei Lindavium im Jahre 280 n. Chr. erinnert heute nur noch der Bodensee) ein Meiler in die Luft fliegt, werden Strahlenschäden in den Rang eines “normalen Lebensrisikos” erhoben. So gehört es heute anerkannt zu den sonstigen Gefährdungen “unserer hochtechnisierten Welt”, daß um die AKW’s herum , mehr Kinder sterben, mehr Tot- und Feblgeburten auftreten und ein paar Leute mehr an Leukämie verrecken. Das heißt natürlich nicht, daß ein toter Balg und erst recht kein Blutarmer mit Sicherheit behaupten darf, daß sein Fall durch die bei ihm in der Nähe ach so ungefährlich strahlende Anlage verursacht ist.

Die Anwendung dieses "Unsicherheitsarguments" bekamen auch Naturschützer aus Landshut zu hören, denen aufgefallen war, daß just in ihrer Stadt weiße Spatzen aufgetaucht sind. Daß hier das KKW Isar 1 die Evolution vorangetrieben hat, ließ das Bayerische Umweltministerium schlicht für "abwegig" erklären, weil die natürliche Radioaktivität auch...

5 Kernkraftwerksgegner dagegen machen sich trotz des offensichtlichen Unwillens von Politikern und Wissenschaftlern, ihre Kernenergiepolitik anzweifeln zu lassen, ausgerechnet das Problem, immer noch nachweisen zu wollen, wie gefährlich die Gewinnung der Energie durch Atomkraft ist, und halten damit einen Streit in Gang, bei dem jedermann den Eindruck gewinnen muß, als sei diese Frage noch nicht entschieden. Dabei tun sie so, als wäre die Menschheit über die Gefahren
10 falsch unterrichtet - aus den angestellten Risikovergleichen können sie das Gegenteil entnehmen.

Wieviel Blei verträgt der Mensch?

Für das offene Verhältnis zu seinen Bürgern müßte der Staat allerdings einen Preis zahlen. Schließlich ist der Umweltgedanke ein anerkannter Standpunkt geworden, so daß noch in der
15 hinterletzten Behörde, die die Verseuchung der Abwässer regelt, das häßliche Umweltgraupapier (sehr im Unterschied zum dezenten Grau unseres Umschlags. MSZ) eingeführt wird, und immer mal wieder ein Beamter oder Minister wegen einer Umweltbestechungsaffäre seinen Hut nehmen muß. Allerdings lassen die Art der Skandale auf diesem Gebiet oder die Angelegenheit, die eine
20 Zeitung als Anwalt der Bürger durch Vorsprache bei der zuständigen Behörde durchficht, erkennen, daß dem Umweltbewußtsein mit seiner Anerkennung auch schon Genüge getan ist. Es nimmt die ihm zugrundeliegende Gefährdung der Leute als etwas Alltägliches, solange nur der Stand der Technik eingehalten ist und die entsprechenden Stellen nicht Gleichgültigkeit, sondern eine gehörige Portion Problembewußtsein für die Umweltproblematik an den Tag legen. Auch der
25 konventionelle Dreck, was also die deutsche Industrie an Blei, Cadmium usw. frisch auf deutschen Landen zu bieten hat, ist daher ein "Problem", nämlich eine Frage der Grenzwerte, die der Staat festlegt.

In dem Skandal, den das Freiburger Ökoinstitut aus einer von der niedersächsischen Regierung veröffentlichten Broschüre machen wollte, in der die Schönheit des Landes mit Bleiblutwerten, die über der EG-Richtnorm liegen, angepriesen wird, ging es daher auch nicht darum, daß Blei im
30 Blut schädlich ist, sondern einmal mehr um die Frage, wer verantwortlich gehandelt hat.

Das Freiburger Institut bemühte sich, einen Skandal aus der Angelegenheit zu machen, sprach von "Vertuschung" - obwohl der Minister alle Daten selbst veröffentlicht hatte -, und malte die Katastrophe aus: Goslar umgraben und evakuieren. Damit gab es nicht nur kund, daß es dort und
überall kein Problem mit der "normalen" Belastung hat, die sich an die EG-Norm hält, sondern
35 bedeutete auch, daß die Kritik gar nicht so ernst gemeint war, sondern daß man nur gegen die Ausmaße des betreffenden Falles protestiert haben wollte.

Prompt kann der zuständige Minister Schnipkoweit das geschilderte Ausmaß nicht entdecken, weil die dortige Bevölkerung schließlich seit Jahrhunderten das Zeug schluckt, von "Panikmache" sprechen und öffentlich verkünden, daß das eigentlich Bedauernswerte an der Goslarer Geschichte
40 sei, daß es

“noch keine verbindlichen Grenz- oder Richtwerte für den Blei- oder Cadmiumgehalt bei Menschen, Lebens- und Futtermitteln gäbe.”

5 Damit spricht sich der Minister, der schließlich festlegt, mit wieviel Blei und Cadmium man erst ein Mensch ist, und dafür ein paar Wissenschaftler besoldet, die dies staatsverantwortlich herausfinden, von aller eigenen Verantwortung frei und macht in voller Verantwortung für unser Staatswesen kurzerhand 10 Millionen aus dem Staatssäckel locker, um es der betroffenen Bevölkerung in die Taschen zu schieben.

10 Während die Auseinandersetzungen liefen, wurde die Verseuchung ganz unbürokratisch aus der Welt geschafft. Neue Meßstationen werden eingerichtet, die ihre Werte direkt nach Hannover melden, als ob man dort bisher nichts über die BleiVerseuchung gewußt hätte; die Firmen kriegen Geld für neue Filter geschenkt, damit sie nie mehr unerlaubt Grenzwerte überschreiten und zudem ihre lange vorgehabte Rationalisierung vornehmen können; zuguterletzt darf die Bevölkerung, für die es schon selbstverständlich ist, daß der Grünkohl im Schrebergarten nur noch als Zierpflanze taugt, aus dem schlimmsten Dreck wegziehen. Daß bis jetzt erst sechzig Familien von dem Angebot Schnipkowitzs Gebrauch gemacht haben, dürfte wohl daran liegen, daß sich die

15 Familienväter noch nicht im Klaren darüber sind, ob sie sich von ihrem Anteil der 10 Mio. Umzugshilfe jetzt einen Mercedes 450 oder einen Porsche 928 kaufen, um damit den dann weiteren Weg zur Arbeit in den Goslarern Bleihütten zurückzulegen. Auch die nun leerstehenden Wohnungen werden nicht lange auf neue Mieter warten müssen, nachdem die PREUSSAG in

20 Goslar bleibt und ihre Proleten schon kriegen wird.

Keine Schlamperei bei der Giftableitung

25 Während im Falle Goslars die SPD-Opposition “künftig zügigere und allgemeinverständlichere Informationen forderte” und mit der sicheren Verwirklichung dieser Forderung garantiert ist, daß das Volk weiterhin ein Einsehen mit der schwierigen Aufgabe der Regierenden hat, wenn nur alles mit rechten Dingen und offen zugeht, rollte in Hessen ein Kopf, der von Umweltminister Görlach - auf den Parteivorsitz von Hessen-Süd. Diese klassisch zu nennende Tour, durch Auswechslung der Charaktermasken dasselbe wie vorher, nur jetzt mit neuer moralischer Integrität ausgestattet, zu betreiben, beendete die Affäre um die Mainverschmutzung durch Hoechst. Es geht nämlich

30 nicht an, daß die staatlich genehmigte Gifteinleitung in den Fluß durch korrupte Beamte und unvorsichtige Firmenchefs in Verruf gebracht wird.

Der Fortschritt dieses Falles ist, daß die Mengen, die Hoechst in den Main einleitet, gleich gar nicht mehr vorkommen, und gleichzeitig der Umweltgedanke so sehr an Gewicht gewonnen hat, daß er sich eignet, frischweg Parteipolitik zu machen und einem Staatsanwalt erlaubt, sich gehörig

35 zu profilieren.